

Berlin, Sonnabend,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Monatlich für ganz Deutschland 9 Mk., für Österreich 13 Kr. 82 H., für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Verbindung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Messrs. Siegle 30 Abbe Street E.C. und in Wien bei Messrs. Siegle 10 Breitenfeldgasse.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

den 4. Juni 1910.

Als besondere Beilagen erscheinen Verhandlungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Zeichnungen der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungslisten mit Nummern-Listen und viele andere wichtige tabellarische Übersichten.

Inserations-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restanzzeit 1 Mt.

Fernsprecher:

Mut I, Nr. 243.

Telegramm-Adresse: Börsekrone.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-Abonnements auf beliebige Dauer an unter täglicher Zusendung der Zeitung per Streifenband; der Preis stellt sich für den Lauf des Deutschen Reiches sowie für Sendungen nach Österreich-Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf. pro Woche. Bestellungen nimmt die unterzeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte zu erhalten wünschen, wollen wie folgt verfahren: a) haben sie bei einer Postanstalt abonniert, so wollen sie bei der Postanstalt ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres Exemplars nach dem neuen Aufenthaltsort bei gleichzeitiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem die Ueberweisung des Exemplars an die Post unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr veranlassen.

Die Expedition der Berliner Börsen-Zeitung. Kronenstraße 37.

Vom Tage.

Das Abgeordnetenhaus nahm gestern in zweiter Lesung das Gesetz betr. die Befreiungen der Staatsbeamten nach den Beschlüssen der Kommission an.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat das Gesetz über das Verbot der Frauenarbeit in industriellen Unternehmungen gemäß der Berner Konvention angenommen.

In der ungarischen Debatte Stádovka kamen bei einem Großsprecher, das 67 Häuser vernichtete, zwei Frauen in den Flammen um.

Der Realnagelpreis für die neue 4 % Königsberger Stadtsanleihen im Betrage von 13 Millionen Mark stellt sich auf 99,6 Prozent.

Der Ausfall der Wahlen in Ungarn.

Bei der bisherigen dominierenden Stellung Transilvaniens im Kaiserstaate an der Donau interessieren uns Ereignisse, wie der gegenwärtige Wahlausfall in Ungarn, in hohem Grade. Der gegenwärtig zugunsten der Regierung ausgegangene Wahlkampf hat denn auch in der Tat für uns eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervári äußerte sich mit Recht in hohem Grade erfreut und sagte zu der ihm beglückwünschenden Deputation, sein Hauptaugenmerk werde darauf gerichtet sein, die Harmonie zwischen König und Nation wieder herzustellen. Worte von erstster Tragweite, denn damit wird von einflussreichster Seite die gefühlvoll denkwürdige Tatsache zugegeben, daß zwischen Fürst und Volk in Ungarn eine tiefe Spannung vorherrscht. Geht man ihren Ursachen auf den Grund, so ergibt sich folgendes: Die Ungarn haben aus ihrem politischen Ziele der vollständigen Trennung der Länder der Stefanskronen von Österreich nachgerade kein Hehl mehr gemacht. Die Krone sollte magyarisiert werden und die gemeinsame Bank getrennt. Da trat der künftige Herrscher mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung als erster offener Gegner dieser Aspirationen auf und drängte

auf Entscheidung durch eine Machtsprobe. Diese Entscheidung brachte nun die Wahl und zwar mit einem Erfolg für die Regierung, dessen Größe ihr selbst überaus kam und der die Heilspore im Magyarenland wie ein Donnerkehl traf. Die Radikalen, die Anhänger Justits und Kossuths samt der ihnen getreuen katholischen Volkspartei sind vernichtet. Für die nächsten fünf Jahre sind die Feinde Österreichs in Ungarn politisch ausgeschaltet. Die Regierung findet die Bahn frei für ihre Pläne. Sie wird die Einführung des allgemeinen Wahlrechts durchsetzen statt des jetzigen, das einzig das Magyaren-tum begünstigt. Die in Ungarn lebenden Völkervorfahren nichtmagyarischer Abstammung stehen nämlich den Magyaren im Verhältnis von 10 : 8 gegenüber. Werden sie auf den Plan gerufen, insbesondere die beinahe 3 Millionen Deutschen, die bisher brutal vergewaltigt wurden und die jetzt mit dem Grafen Khuen gingen, so ist dem gegen Kaiser und Reich frontierenden magyarischen Separatismus Schach geboten.

Bisher entschieden das Schicksal des Landes die beiden großen Parteien, die Achtundvierziger und die Sechensundsechziger, als die Revolutionären und die Anhänger des Ausgleichs. Aber in ihren Endzielen sind beide absolut einig und daher kam es, daß durch ihre Agitation, durch ihr brüskes Auftreten und durch ihre stets gesteigerten, staatsrechtlich nicht zu bewilligenden Forderungen, das Ansehen der Krone auf ungarischem Boden immer tiefer gesunken war. Jetzt zum ersten Mal seit 1849 hat nun die Krone den Versuch gemacht, Anhänger für sich zu werben und — siehe da, die Probe führte zu einem erfreulichen Siege.

Groß heißt Graf Stephan Tisza da, dessen unermüdlicher Kampf gegen Schlagworte, die Ungarn zu schädigen geeignet waren, mit zum Erfolg beitrug. Die alten Korruptionen des ungarischen Parlamentes sind wieder gewährt. Neben Tisza, Andrássy, Apponyi, Wámbéry, Koloman von Szell und andere. Und sie sind es, die das Verhältnis Ungarns im dualistischen Staat auf gesunde Bahnen stellen werden, wie der unsterbliche Deak dies im Jahre 1867 zum Heile des Kronlandes wie des Kaiserreiches vorschrieb.

Das „Fremdenblatt“ nennt den Wahlausfall um so mehr ein Volksgericht, als die Regierung den Wahlapparat nicht in der Hand hatte und die echt national Denkenden gegen die allmächtigen Wahlpräsidenten siegen mußten, die noch vor der Koalition eingesetzt worden waren.

Die „N. fr. Pr.“ sagt von dem bestiegten Herrn v. Juszt:

Dieser unglückliche Welsam ist ausgezogen, um zu finden, und seine Worte verwandeln sich in Segen für Ungarn und für die Monarchie. Der Zusammenbruch dieser Gruppe, die den ungarischen Staat und die ganze Monarchie in namenlose Verwirrung gestürzt hat, ist ein zehnfach verdienter Schicksal. Niemand hat eine Partei die ihr von der Nation in die Hand gelegte riesige Macht so verdröhelt, so in Kleinlichkeit und Kurzsichtigkeit mißbraucht und so verunftwidrig und sinnlos ausgegeben. Aus dieser nahezu unerträglichem Ueberhebung im Glück mußte ein Fiasko entstehen, und die Zerrüttung der Juszt-Partei ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Tages.

Aus Wien wird des weitern gemeldet, daß man dort gleichsam aufatmet, die staatsrechtlichen Kämpfe zwischen der Krone und Ungarn als abgetan betrachten zu können. Man hofft mit Hilfe eines arbeitsfähigen ungarischen Parlamentes die Finanzen in Ordnung zu bringen, das bosnische Ammerienkonto zu liquidieren, den Anforderungen für das Heer nachzukommen, die zweijährige Dienstpflicht einzuführen, und namentlich auch die Kräftigung der Marine zu vollziehen und sie dem Westreit der Mächte angemessen zu gestalten. Der österreichische Reichsrat wird noch in dieser Session die Delegationswahlen vornehmen, da ja nunmehr begründete Hoffnung be-

sieht, daß Delegationen im Herbst tagen können. Der Umschwung erfüllt nach allen Berichten auch den Kaiser Franz Josef mit größter Genugung. Man gönnt dem greisen vielgeprüften Monarchen den nun in Aussicht stehenden inneren Frieden. Und auch bei uns wird man Genugung empfinden, denn ein friedliches, starkes, geeinigtes Österreich - Ungarn an unserer Seite ist der beste Schutz des europäischen Friedens.

Telegramme.

Wien, 3. Juni. (E. T. C.) Vor der hiesigen Strafkammer begann heute die Verhandlung in dem Geringer Friedhofsprösch. Angeklagt sind neun Mitglieder des Gemeinderats des löhringischen Ortes Geringer, durch Drohungen den dortigen Bürgermeister veranlaßt zu haben, seine bereits gegebene Zusage zur Verdrigung des protestantischen Friedhofes innerhalb der Reichengraber des Geringer Friedhofes zurückzuziehen. Ferner sollen sie durch Drohungen das Einverständnis des Sohnes des Fräulein mit der Verdrigung der Leiche außerhalb der Weite erzwungen und den Sohn außerdem öffentlich wörtlich beleidigt haben. Die Verhandlungen, zu denen 31 Zeugen geladen wurden, sind heute nicht zu Ende geführt und auf morgen vertagt worden.

Wien, 3. Juni. (E. T. C.) Das Abgeordnetenhaus hat heute in allen Sitzungen bei Beiseitenthaltung über das Verbot der Frauenarbeit in industriellen Unternehmungen gemäß der Berner Konvention angenommen.

Wien, 3. Juni. (E. T. C.) Am Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wies Abgeordneter Wotol in einer Anfrage an den Präsidenten auf die Absicht mehrerer Abgeordneter hin, ein Memorandum an die Reichskammer betreffend die Erhaltung des bisherigen Maßes der Selbständig-keit Finnlands abzulassen. Er stellte an den Präsidenten die Anfrage, ob er dafür sorgen wolle, daß die geplante Kundgebung, welche unweitig eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates bedeute, entweder ganz unterbleibe oder wenigstens solange, bis in Österreich dem Rechte Geltung verschafft und das stehende Staatsrecht durchgesetzt sei. (Weißfall bei den Tischgesprächen Radikalen und Zwischenrufe.) Vizepräsident Bernerstorfer erklärte, daß dem Präsidenten keinerlei Recht zustehe, den Abgeordneten Vorschläge oder Beschlüsse für ihr Verhalten außerhalb des Hauses zu machen. Es sei einzig und allein Sache der Abgeordneten und Parteien, wenn sie eine Kundgebung irgend einer Art erließen, und sie unterstünden in dieser Beziehung erst recht nicht der Disziplinargewalt des Hauses, wenn sie durch diese Erklärung ihrer Parteiliberzeugung deutlich und laut Ausdruck gäben. Gegenüber einer anderen Anfrage erklärte der Präsident, er müsse es als einen argen Mißbrauch bezeichnen, wenn dem Präsidenten Anfragen gestellt würden, die er zu beantworten nicht in der Lage sei.

Wofar, 3. Juni. (E. T. C.) Kaiser Franz Josef ist heute mittag hier eingetroffen. Während der Fahrt von Serajewo nach Wofar wurde er auf allen Stationen von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Nach feierlichem Empfang auf dem Bahnhöfe fuhr der Kaiser inmitten hochherrlicher Truppen unter dem begeisterten Jubel der Bevölkerung in sein Wohnschloß.

Kaiser Franz Josef hat heute nachmittag kurz nach 4 Uhr bei bestem Wohlsein die Rückreise nach Wien angetreten.

Brzeunów, 3. Juni. (E. T. C.) Aus den Trümmern des infolge einer Pulverexplosion eingestürzten Gebäudes sind die Leiden der Hausbesitzerin und zweier Handlungsgehilfen geborgen worden. Die Zahl der Verletzten beträgt elf. Die Ursache der Explosion dürfte unvorsichtiges Umgehen mit Pulver gewesen sein.

Paris, 3. Juni. (E. T. C.) Im heutigen Ministerrat gab der Minister des Auswärtigen Aufschluß über seine Unterredungen mit dem englischen und dem türkischen Minister des Auswärtigen über die Krefatfrage. Es sei nicht richtig, daß zwischen den Schutzmächten über die Maßregeln, die gegen die